



ÖPNV

ÖPNV

ÖPNV

ÖPNV

Sitzungsort

Einfahrt 3

Einfahrt 2

Einfahrt 1

5011
5012

H

5011
5012

H

5001

H

5600
5620

H

5600
5610
5620

H

Scharnhorststraße

Scharnhorststraße

Lüneburg Zentrum

Wichernstraße

Carl-von-Ossietzky-Straße

Heinrich-Böll Straße

Universitätsallee

Uelzen

1

2

17

18

19

35

28

3

Mensa

Sportrasen

P4

Parken

20

5

Studio 21

22

6

7

9

HS 2

HS 1

HS 3

HS 4

Bibliothek

8

i

10

11

HS 5

12

13

Biotopgarten

40

Zentralgebäude

26 Kulturhalle

15

16

P2

Parken

14

P1

Parken

H

5600
5610
5620

Eingang 02.07.2020, 09²⁴ Uhr Sch

2/7.

An den Oberbürgermeister
Den Rat der Hansestadt Lüneburg
Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

DIE LINKE.

FRAKTION
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Michèl Pauly
Fraktionsvorsitzender
Altenbrückertorstr. 2
21335 Lüneburg
Tel: 04131 – 28 43 346
stadtrat@dielinke-lueneburg.de
www.dielinke-stadtrat.de

02.07.2020

Dringlichkeitsantrag: Räumung verhindern – Aufbau eines sozialen Zentrums begleiten

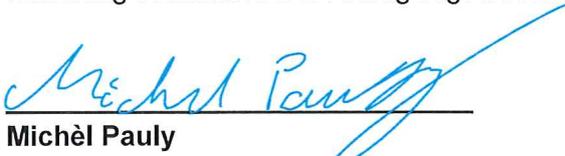
Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge beschließen:

- die Verwaltung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, dass das in der vergangenen Nacht besetzte, ehemalige Uni-Gebäude im Roten Feld nicht geräumt wird. Zur Herstellung einer einvernehmlich Lösung soll die Verwaltungsspitze Kontakt mit dem Eigentümer und der Polizei aufnehmen
- der Rat erklärt seine Absicht, das besetzte Haus zu erwerben und den Aktivist*innen kostengünstig zur Verfügung zu stellen, damit dort ein sozial-kulturelles Zentrum mit günstigen Wohnraum und Raum für Vereine, Initiativen usw. entstehen kann
- Die Forderungen der Aktivist*innen wohlwollend zu prüfen

Begründung

vor dem Hintergrund der eskalierenden Mieten und der Verdrängung von Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen setzt die gestrige Hausbesetzung ein Zeichen für eine wohnpolitische Wende.

Die Aktivist*innen stellen richtige und nachvollziehbare Forderungen. Die Hansestadt Lüneburg braucht ein zentrumsnahes Sozial- und Kulturzentrum inklusive kostengünstigen Wohnraum für Menschen mit niedrigen Einkommen. Der Rat sollte das Engagement der Aktivist*innen nutzen und sie bei ihren Vorhaben unterstützen. Das ein Rat eine Räumung verhindern kann, hat die Stadt Köln bewiesen. Dort wurde mit einer breit getragenen Resolution demokratischer Parteien eine Räumung verhindert. Der Antrag liegt diesem Antrag bei. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.


Michèl Pauly
Vorsitzender DIE LINKE-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg

Geplante Räumung der Marktstraße 10 – Wohnraum schaffen statt räumen

Nach Abschluss der Debatte beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen folgende Resolution, die zur weiteren Behandlung an die Verwaltung überwiesen wird

„

Der Rat beschließt:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, auf eine Räumung des besetzten Abbruchhauses an der Marktstr.10 (Bonner Str. 120) bis zum Beginn der Abbrucharbeiten zu verzichten. Zwischenzeitlich soll das im Eigentum der Stadt befindliche Haus den Hausbesetzer*innen für ihr Selbsthilfeprojekt "Obdachlose mit Zukunft" zur Verfügung gestellt werden.
2. Die Begleitung des Projekts durch die Verwaltung wird fortgesetzt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt den derzeit dort lebenden Menschen bis zum endgültigen Abbruchtermin des Gebäudes Marktstr. 10 (Bonner Str. 120) Alternativen, ggf auch als Interim, zeitnah zur Verfügung zu stellen. Die angebotenen Alternativen müssen geeignet dafür sein, dass die Bewohner*innen ihr selbstverwaltetes Wohnprojekt fortführen und weiter zusammenleben können.

gez. Rafael Struwe

SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Niklas Kienitz

CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lino Hammer

GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Michael Weisenstein

Fraktionsgeschäftsführer Die Linke

gez. Thor Zimmermann

Ratsgruppe GUT

gez. Lisa Gerlach

gez. Walter Wortmann

Freie Wähler Köln